

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE**

Thema: Keine Behinderung und Kriminalisierung friedlichen zivilgesellschaftlichen Engagements gegen den Naziaufmarsch am 13. Februar in Dresden

Der Landtag möge beschließen:
Die Staatsregierung wird ersucht,

in ihrem Verantwortungsbereich alle erforderlichen Maßnahmen dafür zu ergreifen, dass das zivilgesellschaftliche Engagement von Bürgern, Initiativen und Organisationen, friedlich in rechtmäßigen Formen und Organisationsstrukturen dem Naziaufmarsch am 13. Februar 2010 in Dresden entgegen zu treten, nicht durch behördliches Handeln behindert wird und wirksame Vorkehrungen zu treffen, damit den entsprechenden Teilnehmern nach den Prinzipien des Deeskalationsgebots und mit Kooperationsbereitschaft von behördlicher Seite begegnet wird.

Begründung:

In den letzten Wochen riefen eine Vielzahl von Initiativen und Organisationen in Reaktion auf den bevorstehenden provokativen Naziaufmarsch zum diesjährigen Gedenktag am 13. Februar in Dresden, zu dem 7000 Rechtsextreme, Alt- und Neonazis aus ganz Europa erwartet werden, zum friedlichen Protest auf.

Darunter befindet sich auch ein bundesweites Bündnis "Dresden Nazifrei!", das mit seinem Aufruf (siehe Anlage) dazu auffordert, gegen den Naziaufmarsch am 13. Februar öffentlich „Gesicht zu zeigen“ und diesem in „Sicht und Hörweite“ entgegenzutreten. Dieser Aufruf wird derzeit von 300 Organisationen und Gruppen sowie über 1100 Einzelpersonen, darunter namhaften Künstlern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, unterstützt.

In völliger Konterkarierung dieses zivilgesellschaftlichen Engagements gegen den unsäglichen Naziaufmarsch am 13. Februar in Dresden fanden in den Nachmittagsstunden des 19. Januar 2010 in Sachsen, speziell in Dresden, sowie in Berlin, offensichtlich veranlasst durch die Staatsanwaltschaft und die Generalstaatsanwaltschaft in Dresden, Durchsuchungen in Büros des Aktionsbündnisses statt. Betroffen war unter anderen ein Infobüro in Dresden, das sich in der Landesgeschäftsstelle der LINKEN in Dresden befindet. Dabei wurden nach Auskunft der Aktionsbündnisses Mobilisierungsmaterialien beschlagnahmt, die zu den Protesten gegen den größten europaweiten Naziaufmarsch aufrufen. Diese Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaßnahmen sowie die staatsanwaltschaftliche Vorgehensweise generell lösten bundesweit energische Proteste aus. Bereits am 21. Januar 2010 hat die Staatsanwaltschaft Dresden das Landeskriminalamt Sachsen angewiesen, den Service- und Hostprovider der Internetseite „dresden-nazifrei.de“ unter „Hinweis auf die Strafbarkeit nach §§ 111, 27 StGB (Beihilfe zur Öffentlichen Aufforderung zu Straftaten)“ aufzufordern, die Seite bzw. den Aufruf vom Netz zu nehmen, was zwischenzeitlich auch geschehen ist.

- b.w. -

Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

Dresden, den 29. Januar 2010

Eingegangen am: _____

Ausgegeben am: _____

Nach Auffassung der Antragstellerin steht die Staatsregierung angesichts dessen in der Verantwortung, in ihrem Zuständigkeitsbereich alle erforderlichen Festlegungen und Vorkehrungen zu treffen, dass das zivilgesellschaftliche Engagement, sich friedlich in rechtmäßigen Formen und Organisationsstrukturen dem Naziaufmarsch am 13. Februar 2010 in Dresden entgegen zu treten, nicht durch behördliches Handeln behindert wird. Hierzu gehört auch, Vorkehrungen dafür zu treffen, dass den Teilnehmern nach den Prinzipien des Deeskalationsgebots und der Kooperation begegnet wird. Keinesfalls darf es eine Kriminalisierung dieses demokratischen Engagements gegen Rechts geben.

Angesichts der bereits bundesweiten Beachtung des staatsanwaltschaftlichen Vorgehens gegen das Aktionsbündnis steht der Landtag in der Verantwortung, einen weiteren fortgesetzten Ansehensverlust des Freistaates Sachsen durch eine deutliche Positionierung für die gesellschaftlich breite Initiative gegen Rechts abzuwenden sowie angesichts der derzeit laufenden strafrechtlichen Ermittlungen den behördlichen Versuchen der Behinderung oder gar Kriminalisierung des friedlichen zivilgesellschaftlichen Engagements gegen den Naziaufmarsch am 13. Februar in Dresden eine Absage zu erteilen.

Anlage**Aufruf**

Am 13. Februar 2010 werden wir zusammen mit tausenden von Menschen den größten Naziaufmarsch Europas in Dresden verhindern.

Im Jahr 2009 marschierten fast 7000 Nazis durch unsere Stadt. Ihr Ziel ist es, die Verbrechen des Nazi-Regimes zu leugnen und Nazi-Deutschland zum eigentlichen Opfer des 2. Weltkrieges umzudeuten. Wir aber wissen: der verbrecherische Krieg ging von Nazi-Deutschland aus und kehrte 1945 nach Dresden zurück.

Im Jahr 2010 werden wir Dresdnerinnen und Dresdner gemeinsam mit allen antifaschistischen Kräften aus den Gewerkschaften, Parteien, Jugend- und Studierendenverbänden, der Friedens- und Umweltbewegung, der radikalen Linken, globalisierungskritischen Gruppen und gewaltfreien Aktionsgruppen aus dem gesamten Bundesgebiet den Aufmarsch der Nazis verhindern. Nie wieder werden wir den AnhängerInnen des verbrecherischen Nazi-Regimes unsere Städte überlassen!

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

Im letzten Jahr haben über 10.000 Menschen gegen den Naziaufmarsch demonstriert. In diesem Jahr wollen wir einen Schritt weitergehen. Wie in Jena, Köln und Berlin bereits erfolgreich durchgesetzt, werden wir uns auch in Dresden durch Aktionen des zivilen Ungehorsam mit Massenblockaden den Nazis entgegen stellen und sie blockieren. Dieses Ziel eint uns über alle sozialen, politischen oder kulturellen Unterschiede hinweg. Wir sind bunt und wir stellen uns dem braunen Mob in den Weg. Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Dabei sind wir solidarisch mit allen, die mit uns dieses Ziel teilen und dem Naziaufmarsch in Sicht und Hörweite entgegen treten wollen.

Unterstützt uns Dresdnerinnen und Dresdner und kommt am 13. Februar 2010 in unsere Stadt – gemeinsam werden wir die Nazis stoppen!

(Quelle: http://www.dresden-nazifrei.de/?page_id=2)